

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Beschlussauszug

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 17.04.2024

Anlass:	Sitzung
Zeit:	15:00 - 16:45
Raum, Ort:	Konferenzräume 2-4 des BraWoPark Business Centers III, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig

Ö 3.4.2 Wohnungslosigkeit

Beschlussart:

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Frau Ihbe fasst zusammen, dass niemand draußen verweilen müsse, es aber scheinbar noch Hemmungen gebe, die Hilfen zu nutzen.

Herr Winckler fragt nach, was der Hauptgrund dafür sei, dass Menschen die Kompetenz fehle, in einer Wohnung zu leben. Außerdem bittet er zu erläutern, wie die besorgniserregende Tendenz der letzten Jahre zu erklären sei. Die AGW habe berichtet, dass es vermehrt zu Problemen bei der Tafel komme und die Anfragen für Schuldnerberatungen steigen würden.

Frau Parchem antwortet, dass es aus ihrer Sicht ein gesamtgesellschaftliches Problem sei und die Probleme zunehmen würden. Die Gründe hierfür seien vielschichtig. Den Personen, die untergebracht werden, würde eine würdige Unterkunft angeboten. Es gebe keine eins zu eins Betreuung und häufig Probleme, wie Suchterkrankungen und Aggressivität. Außerdem sei nicht jeder an einer Wohnung interessiert.

Frau Dr. Flake ergänzt, dass Obdachlosigkeit auch vermieden werden müsste. Es habe im November einen Aktionstag gegeben und der Stadt Braunschweig sei ein Vorschlagskatalog überreicht worden. Sie fragt, ob hier etwas passiere. Sie berichtet, dass die Stadt Hannover einen Aktionstag gemacht habe, mit dem Ziel, dass 2023 keiner mehr wohnungslos ist. So einen Vorstoß habe es bei der Stadt mit dem Bündnis Wohnen auch gegeben, woraus sich z. B. das Probewohnen entwickelt habe. Sie fragt, was man tun könne und, ob man noch einmal einen Aktionsplan, wie beim Bündnis Wohnen, durchführen könne.

Herr Winckler ist ab 16:24 Uhr abwesend.

Frau Dr. Rentzsch berichtet, dass eine interne Abstimmung mit der Bauverwaltung erfolgt sei. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit werde das Thema Wohnen behandelt. Vor kurzem sei der Nationale Aktionsplan vom Bund auf den Weg gebracht worden. Dieser müsse noch verabschiedet werden. Es solle geschaut werden, ob es hier passende Maßnahmen für die Stadt Braunschweig gibt. Es sei außerdem geplant, dass das nächste Treffen des Bündnis Wohnen durch die Sozialverwaltung bespielt werde.

Frau Ohnesorge äußert ihr Erstaunen darüber, dass es zu wenige Wohnungen für das Probewohnen gebe.

Frau Parchem teilt mit, dass zwischen dem Probewohnen bei der Zentralen Stelle für Wohnraumhilfen (ZSW) und dem Probewohnen im Bereich Wohnungslosigkeit unterschieden werden müsse.

Herr Klockgether ergänzt, dass im Rahmen des Probewohnens der ZSW Personen eine Wohnung vermittelt werde, die auf dem "normalen" Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden. Bei der Wohnungslosigkeit hätten die Hemmnisse und Schwierigkeiten zugenommen. Die ZSW sei personell aufgestockt worden und unterstütze auch bei der Wohnungssuche von Geflüchteten. Die 15 Probewohnungen würden sich lediglich auf den Bereich Wohnungslosigkeit beziehen.

Frau Ohnesorge bittet die Anzahl der insgesamt zur Verfügung stehenden Probewohnungen mit dem Protokoll nachzuliefern.

Frau Lenz berichtet, dass es Frauen gebe, die durch das Raster fallen würden und in den Hilfesystemen nicht ankommen würden. Hier müsse nach passenden Maßnahmen geschaut werden. Sie berichtet vom Runden Tisch Sexarbeit. Es gebe Frauen, welche in der Bruchstraße leben würden und keine eigene Wohnung hätten. Für diese sei der Ausstieg schwierig, da das Wohnen in der Bruchstraße 70 €/Tag kosten würde. Nach dem Ausstieg sei es schwierig diese Kosten ohne Prostitution zu decken. Es komme außerdem vor, dass Frauen Männer in die zur Verfügung gestellten Wohnungen bestellen würden, weil ihnen der Ausstieg schwer fiele.

Frau Kleinekathöfer fragt, ob beim Entlassungsmanagement z. B. von Menschen aus der Haft oder Menschen mit psychischen Erkrankungen sonstige Träger einbezogen würden.

Frau Parchem teilt mit, dass es Kontakt zu dem Verein Cura gebe. Sie berichtet über Schwierigkeiten bei Entlassungen aus Kliniken.

Frau Kleinekathöfer fragt nach, ob es Anbindungsversuche mit ambulanten sozialpsychiatrischen Trägern, wie z. B. mit dem Verein Der Weg oder Ambet gebe und ob das Entlassungsmanagement der Kliniken die Träger berücksichtige.

Frau Parchem antwortet, dass es ihr nicht bekannt sei, ob es Fälle gebe, die zu einer Anbindung an die o. g. Vereine passen würden. Es habe schwierige und erschreckende Situationen im Rahmen der Entlassungen von Patientinnen und Patienten aus den Kliniken gegeben.

Herr Winckler ist ab 16:38 Uhr anwesend.

Frau Ihbe fragt nach, ob es Möglichkeiten gibt, solche Situationen mit den Kliniken zu besprechen, um diese zu vermeiden. Sie fragt außerdem, ob Supervisionen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten würden.

Frau Parchem bestätigt, dass es einen Austausch und Supervisionen gebe.

Protokollnotiz zu der Anzahl der Probewohnmaßnahmen im allgemeinen Bereich (außer Wohnungslose):

Seit Beginn der Ankäufe von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt 2018 wurden insgesamt **98** sogenannte Probewohnmaßnahmen eingeleitet.

Demgegenüber stehen aktuell **505** Haushalte mit insg. **935** Personen, die bei der ZSW als Personenkreis mit erschweren Bedingungen beim Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt gelistet sind. Dazu kommen noch **144** Haushalte mit insg. **265** Personen aus den Bereichen Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens an den WSO sowie Kriegsvertrieben aus der Ukraine.

Anlage 1 Präsentation Unterstützungsangebote bei Wohnungslosigkeit



Unterstützungsangebote bei Wohnungslosigkeit

Braunschweig, 17.04.2024

Wohnungslosenunterbringung Stelle 50.11

Arten von Wohnungslosenunterkünften in Braunschweig

1. Zentrale Unterkünfte für alleinstehende Männer

- An der Horst 1-7 (42 Plätze) und Sophienstraße 1 (24 Plätze);
- Brandschaden in Haus 1 An der Horst soll instandgesetzt werden – 16 weitere Plätze stünden dann zur Verfügung
- Aktuell umfangreiche Sanierungsarbeiten in der Sophienstraße 1

2. Dezentrale Unterkünfte

- Insgesamt 236 Plätze in Wohngemeinschaften und wenigen Einzelappartements
- Verteilung im gesamten Stadtgebiet
- Unterkünfte sind überwiegend einzelnen Personengruppen (Frauen, Männer, Familien, Paare, Spätaussiedler) zugeordnet
- Bekannteste Adressen: Bertramstraße 7 (gemischte Unterbringung) und Christoph-Ding-Straße 7/8 (Familienunterkünfte)

Wohnungslosenunterbringung

3. Wohnstandorte für Geflüchtete

- Vorübergehende Mitnutzung der Wohnstandorte
- Seitens der Wohnungslosenunterbringung werden hier nur anerkannte Familiennachzüge sowie wohnungslose Kriegsvertriebene aus der Ukraine untergebracht
- Zentrale Einrichtung für den o.g. Personenkreis ist in Planung

Noträume

- Noträume für Männer in der Unterkunft An der Horst 7; Erreichbarkeit vor Ort 24/7 über städtische Mitarbeiter und einen beauftragten Sicherheitsdienst
- Noträume für Frauen, Paare und Familien in der Bertramstraße 7; Zutritt wird über das Polizeikommissariat Mitte ermöglicht

Wohnungslosenunterbringung

Aktuelle Auslastung (Stichtag: 29.02.2024)

Unterkunft	Plätze	Haushalte	Personen	Auslastung der Wohneinheiten
An der Horst	42	34	34	91 %*
Sophienstraße	24	16	16	67 %**
Dez. Unterkünfte	236	122	149	80 %
Wohnstandorte	variabel	10	33	keine Angabe möglich
Gesamt		182	232	

* Ohne brandgeschädigtes Haus 1

** umfangreiche Sanierungsarbeiten im laufenden Betrieb

Hinweis: Die Auslastung der Wohneinheiten ist meist höher als die Auslastung der Plätze, da nicht in jeder Einheit alle Plätze belegt werden können; Beispiel: notwendige Einzelbelegung in einem Mehrpersonenzimmer.

Angebote Stelle 50.12 Wohnhilfen

1. Beratung in den Wohnungslosenunterkünften

a) Beratung und Betreuung von Einzelpersonen, Familien und Paaren in den Sammelunterkünften An der Horst und Sophienstraße, in der dezentralen Unterbringung sowie den Noträumen:

Krisenintervention, Sicherung des Existenzminimums, gesundheitliche Hilfen, Unterstützung bei Konflikten, Einleitung weiterer Hilfen u.v.m.

b) Vermittlung in Wohnraum: Hilfe bei der Wohnungssuche, Angebot von Probewohnen (s.u.)

Fallzahlen: Durchschnittliche Anzahl Betreuter

2021	125
2022	126
2023	131

Stelle 50.12 Wohnhilfen

2. Beratung in den Wohnungslosenunterkünften - Probewohnen

Es bestehen Kooperationsverträge mit der NiWo (10 Wohnungen jährlich), der BBG (5 Wohnungen jährlich) sowie der Wiederaufbau (bei Bedarf)

Ziel: Übernahme der Wohnung nach einem Jahr mit einem regulären Mietvertrag

Zur Vorbereitung des Probewohnens, in den ersten 2 Monaten sowie in den letzten 2 Monaten ist i. d. R. eine intensive Begleitung durch Sozialarbeit erforderlich.

Typische Themen der Beratung:

Sichern des Lebensunterhalts, Organisation und Finanzierung des Umzugs, ggf. Renovierung und Erstausstattung / Einrichtung, Verhalten als Mieter:in, Verträge für Energie, Zustimmung des Leistungsträgers zur Anmietung, Kautions etc.

	begonnen	davon mit Mietvertrag abgeschlossen
2021	10	8
2022	12	8
2023	9	0 (Stand 04/24)

Beratungsangebote und Einrichtungen für Wohnungslose

Stadtteilläden Nord, Mitte, West

Tagestreff Iglu

Frauenberatungsstelle „Unter Uns“

Diakonieheim am Jödebrunnen

Betreutes Wohnen Pippelweg

Bahnhofsmission

Streetwork

Streetwork - Netzwerk

Streetworker:innen der DWB

Zentraler Ordnungsdienst

Polizei

Jugendamt

Sozialpsychiatrischer Dienst

Leitungskräfte der DWB und der
Stadt

Zentrale Beratungsstelle
Niedersachsen (ZBS)

Betreutes Wohnen Pippelweg

DROBS

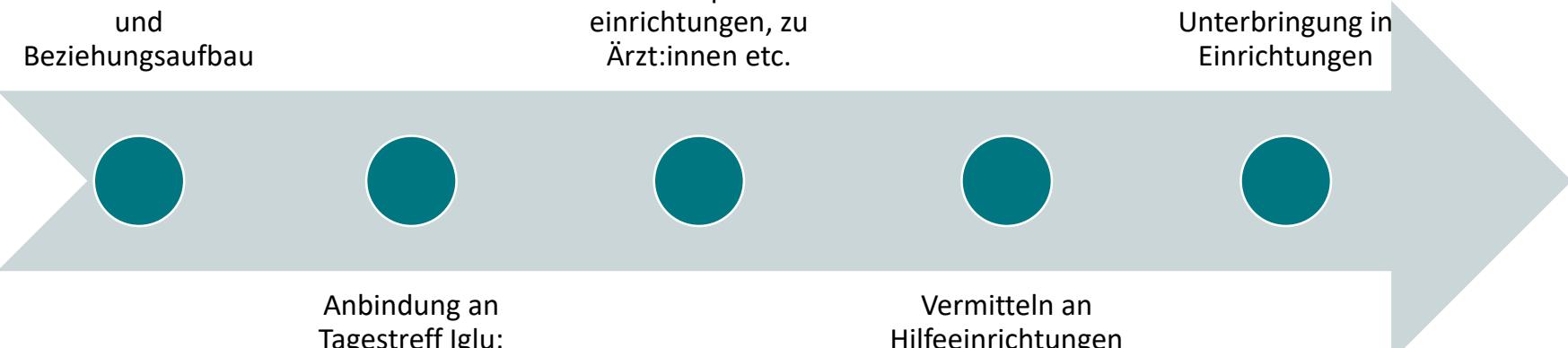
KlaRissa

Streetwork - Arbeitsweise

Ansprache auf der
Straße,
wiederholtes
Aufsuchen,
dadurch Kontakt-
und
Beziehungsaufbau

Hilfe bei Beantragen
von Leistungen,
Beschaffen von
Ausweisdokumenten,
Vermitteln in
Therapie-
einrichtungen, zu
Ärzt:innen etc.

Wohnraumsuche
oder
Unterbringung in
Einrichtungen



Anbindung an
Tagestreff Iglu:
Tagesaufenthalt,
Duschen,
Mahlzeiten,
Wäsche, evtl.
postalische
Erreichbarkeit

Vermitteln an
Hilfeeinrichtungen
wie Sucht- oder
Schuldnerberatung,
Stadtteilladen
etc.

Stelle 50.12 Wohnhilfen

3. Prävention: Beratung bei Miet- und Energierückständen

Ziel: Wohnraumerhalt und Sicherung der Energieversorgung

Personenkreis: Menschen mit Mietrückständen, fristlosen Kündigungen, Räumungsklagen und Räumungsterminen sowie Energierückständen, ggf. auch Sperrungen der Versorgung.

Unterstützung:

- Hilfe bei Antragstellung, Sicherung des Existenzminimums, Absicherung von Mietzahlungen und Abschlägen, Verhandlung mit Vermietung und Energieversorger, Einleitung weiterer Hilfen etc.
- Bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen sind finanzielle Hilfen als Darlehen oder als Beihilfe möglich.

Fallzahlen:

2021	786
2022	929
2023	1066

Weitere Beratungsstellen

- Schuldnerberatung des DRK
- Suchtberatungsstellen
- Migrationsberatungsstellen
- Cura
- Pro Aktiv Center (PACE)
- Cafe Pott
- Sozialberatungen freier Träger
- Mieterverein
- Sozialarbeit in den Sozialstationen
- Anbieter ambulanter Betreuungen
- Anbieter Familienhilfe
- u.a.



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Stadt Braunschweig
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Naumburgstraße 25
38124 Braunschweig

annette.parchem@braunschweig.de